

Pressemitteilung vom 26.07.2019

Regierungspräsidium Freiburg greift Forderungen der Gemeinden und der Bürgerinitiative zum Polder Wyhl/Weisweil auf

In einer sehr konstruktiven Arbeitsatmosphäre fand mit den Planern des Regierungspräsidiums Freiburg, den Bürgermeistern und Gemeinderäten aus Sasbach, Wyhl, Weisweil und Rheinhausen sowie dem Vorstand der Bürgerinitiative Polder Wyhl/Weisweil so nitt e.V. im Gymnastikraum der Weisweiler Rheinwaldhalle die 10. Sitzung der Arbeitsgruppe zum Hochwasserrückhalteraum Wyhl/Weisweil statt. Eigentlicher Anlass der Sitzung war die Erläuterung der inzwischen vorliegenden Umweltverträglichkeitsstudie zu dem Vorhaben.

Die gute Nachricht für die betroffenen Gemeinden und die hier lebenden Menschen kam erst am Ende der rund dreistündigen Sitzung, als der für das Integrierte Rheinprogramm im Regierungspräsidium Freiburg verantwortliche Referatsleiter Harald Klumpp das weitere Vorgehen in dem bereits eröffneten Planfeststellungsverfahren absteckte. Klumpp stellte in Aussicht, dass durch eine frühzeitige Durchströmung ausgewählter Schluten die von den Gemeinden und der Bürgerinitiative geforderte Schlutenlösung über einen Zeitraum von gut fünf Jahren erprobt werden kann. Im Rahmen eines begleitenden Monitorings könne so festgestellt, ob die geforderte Schlutenlösung tatsächlich eine Alternative zu den Ökologischen Flutungen darstellen kann.

Damit trägt das Regierungspräsidium Freiburg den Sorgen und Forderungen der am Rückhalteraum lebenden Menschen ein großes Stück Rechnung. Im Dezember vergangenen Jahres hatten rund 7.700 Menschen einen Aufruf der Bürgerinitiative unterstützt, in dem eine Durchströmung der vorhandenen Schluten gefordert wurde, anstelle den Rheinwald an knapp 60 Tagen jedes Jahr zusätzlich zu fluten. Die Unterschriften wurden Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer kurz vor Weihnachten 2018 übergeben.

Für die Gemeinden und die Bürgerinitiative ist wichtig, dass die nun angebotene Erprobung der ökologischen Schlutenlösung ergebnisoffen erfolgt. Dabei müssen die Schluten und deren Vernetzung von allen Beteiligten gemeinsam festgelegt werden. Wie die Bürgermeister von Sasbach, Wyhl, Weisweil und Rheinhausen in einem offenen Brief an Umweltminister Untersteller bereits im Dezember vergangenen Jahres geschrieben haben, ist es hierzu erforderlich, im Planfeststellungsbeschluss des Landratsamtes Emmendingen festzulegen, welche naturschutzfachlichen Planzielparameter erreicht werden müssen. Am Ende des Monitoringzeitraums, den das Regierungspräsidium Freiburg nun mit gut fünf Jahren angibt, kann dann im besten Fall das Ergebnis stehen, dass die naturschutzfachlichen Planzielparameter auch mit der Schlutenlösung erreicht werden. Ökologische Flutungen wären dann entbehrlich.

Unterstützung für eine praktische Erprobung der Schlutenlösung kommt inzwischen auch von den Umwelt- und Naturschutzverbänden. Zwar ist ein zehnjähriger Verzicht auf die Ökologischen Flutungen wie von den Gemeinden und der Bürgerinitiative gefordert, für den BUND und den NABU nicht mit dem Bundesnaturschutzgesetz in Übereinstimmung zu bringen, wie die baden-württembergischen Landesvorsitzenden Dr. Brigitte Dahlbender (BUND) und Johannes Enssle (NABU) in einem aktuellen

Schreiben an die Bürgermeister der Gemeinden Sasbach, Wyhl, Weisweil und Rheinhausen sowie an den Vorsitzenden der Bürgerinitiative Polder Wyhl/Weisweil so nitt e.V. erklären. Dennoch sprechen sich die beiden Umwelt- und Naturschutzverbände dafür aus, über einen möglichst langen Zeitraum mit der vorgezogenen Flutung von ausgewählten Schluten die Schlutenlösung zu testen. BUND und NABU erklären ausdrücklich ihre Zustimmung, auf Ökologischen Flutungen zu verzichten, falls sich in einem gemeinsam abgestimmten Monitoring herausstellen sollte, dass die Flutung der ausgewählten Schluten eine hinreichende Anpassung der Lebensgemeinschaften an die Hochwasserrückhaltungen bewirkt. Sollte diese Anpassung im Rahmen der Erprobung der Schlutenlösung nicht zu belegen sein, müsse nach erfolgtem Probetrieb zwingend mit den Ökologischen Flutungen begonnen werden.

Für die Gemeinden Sasbach, Wyhl, Weisweil und Rheinhausen sowie die Bürgerinitiative Polder Wyhl/Weisweil so nitt e.V. liegt mit der nun genannten gut fünf Jahre dauernden Testphase der Durchströmung der Schluten ein konstruktiver Vorschlag des Regierungspräsidiums Freiburg vor, der das Leben der Menschen am zukünftigen Polderraum erträglicher macht und die Akzeptanz der zu tragenden Lasten der Hochwasserrückhaltung erhöht. Erfreulich ist zudem die in diesen Tagen uns zugegangene Stellungnahme der Umwelt- und Naturschutzverbände BUND und NABU, die den Weg für eine gemeinsam getragene Lösung frei macht.

Bürgermeister Jürgen Scheiding, Gemeinde Sasbach a.K.
Bürgermeister Ferdinand Burger, Gemeinde Wyhl a.K.
Bürgermeister Michael Baumann, Gemeinde Weisweil
Bürgermeister Dr. Jürgen Louis, Gemeinde Rheinhausen
Dieter Ehret, Vorsitzender der Bürgerinitiative Polder Wyhl Weisweil – so nitt e.V.